

Frankfurt, 1. Dezember.

Diese und glühende Dankbarkeit für unsere Helden, die seit 16 Monaten das Vaterland verteidigen und seine gegnerten Fluren vor dem Ansturm der Feinde erfolgreich beschützen, hat frühzeitig die Frage auftauchen lassen, was das Vaterland seinerseits für seine Heldenjöhne zu tun vermag. Mit einiger Beschämung gedenkt man der ungenügenden Kriegerfürsorge früherer Zeiten; die Nation will — darüber herrscht ein Zweifel nirgends mehr — sich diesmal ähnlicher Lässigkeit nicht schuldig machen, wenn auch die erforderlichen Geldopfer schwer sein werden. In erster Linie steht dabei natürlich die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, über deren erweiterten Ausbau die zuständigen Instanzen wenigstens grundsätzlich einig sind. Dies ist das Wichtigste seine Lösung ist entscheidend. Es darf aber als Beweis des dankbaren Empfindens unseres Volkes gelten, daß man die Frage nicht auf diesen Gesichtspunkt allein beschränken möchte, sondern auf eine Erweiterung der Versorgungsfrage drängt. Praktisch betätigt sich das bereits in den zahlreichen Vereinigungen, die den Kriegsbeschädigten den Neuaufbau ihrer wirtschaftlichen Existenz erleichtern. Theoretisch — bisher wenigstens — will man aber den Kriegsteilnehmern — also nicht bloß den Beschädigten — das Leben noch weiter sichern und angenehmer gestalten, indem man ihnen Heimstätten verschafft.

Kriegerheimstätten — das Wort allein schon frönt einen lieben und trauten Zauber aus, indem es an die Sehnsucht jedes Familienvaters nach dem eigenen friedvollen Heim rührt. Die Männer, die da draußen in den wilden Schlachten und in den gefährvollen Schützengräben standen, heimgekehrt soll ihnen eine Stätte bereitet werden, von der sie nicht mehr vertrieben werden können. Man möchte dabei zwei Dinge zugleich erreichen, die allerdings etwas wir durcheinandergeworfen werden, indem man den Kleinbäuerlichen Besitz gewaltig vergrößert und daneben die städtische Wohnungsfrage löst. Und das alles durch die gesetzliche Anerkennung einer Heimstätte für jeden Kriegsteilnehmer, der ihrer begehrt. „Das Reich dankt seinen Verteidigern, indem es jedem deutschen Kriegsteilnehmer oder seiner Witwe die Möglichkeit eröffnet, auf dem vaterländischen Boden ein Familienheim auf eigener Scholle zu erringen“ — so lautet der erste Grundsatz des hierfür tätigen Berliner Hauptauschusses. Es handelt sich dabei nicht nur um die Abstattung des Dankes an unsere Krieger, es laufen mit und neben diesen Bestrebungen auch bodenreformerische Absichten mit unter. Der Gegenstand ist eben an sich unerhört populär, und es gibt vielleicht kaum einen Deutschen, der die Durchführbarkeit nicht wünschen möchte; man möchte also von dieser Volkstümlichkeit noch nebenbei etwas profitieren. Leider aber ist es auf einem so schwierigen und vielgestaltigen Boden mit dem bloßen Wünschen nicht getan. Es kommen da sehr reale, schwer bewegliche Interessen in Frage, und wenn wir die bisherigen Anstrengungen zur Erzielung solcher Kriegerheimstätten überblicken, so zweifeln wir, ob der an sich guten Sache durch eine sentimentale und stark phantasievolle Agitation wirklich sehr genützt wird. Nur zu leicht werden dadurch Hoffnungen erweckt, deren Befriedigung nach Maßgabe der Kräfteverteilung nicht möglich ist. Die Folge könnte eine Enttäuschung bei den Kriegsteilnehmern sein, die wir um ihrer- und unsererwillen vermeiden möchten, weil sie nichts Gutes zeugen würde.

Ueber die innere Kolonisation ist an dieser Stelle schon öfter gesprochen worden, und unsere Leser wissen, welche Bedeutung wir ihr stets beigemessen haben. Auch wir erwarten ein kräftigeres Vorgehen in dieser Richtung nach den Erfahrungen des Krieges, die den in dieser Frage aufgerichteten Genüßnissen endlich den Garaus machen müssen. Eine starke Bauernschaft ist in der Tat eine der Machtfragen, die uns fortan beschäftigen werden. Wir brauchen die bäuerliche Wirtschaft zur Bereicherung und Sicherung unserer Volksernährung und müssen demgemäß auch eine verständige Bauernpolitik betreiben. Dazu gehört die Schaffung neuer Bauerstellen in einem möglichst weitgesteckten Rahmen. Wie das zu machen ist, wissen wir. Wir haben in Polen und Westpreußen, aber auch anderwärts genügende Erfahrungen

darüber sammeln können und besitzen in Preußen auch bereits die gesetzlichen Handhaben, die ausgebaut werden können. Aber wir wissen auch, wie schwierig die innere Kolonisation sich in bereits besiedelten Gebieten vollzieht und welche gewaltigen Mittel sie voraussetzt. Ob der Frieden neue kolonisationsfähige Gebiete bringt, wird man abwarten, jedenfalls erleichtert er zunächst die Beschaffung der erforderlichen Mittel kaum. Geld und Boden muß in reichem Maße zur Verfügung stehen, soll wirklich — wie wir um der Zukunft willen dringend wünschen — „großzügig“ kolonisiert werden. Es erscheint deshalb weniger notwendig, den Gedanken der Heimstätten schwungvoll zu verfechten, als die Mittel und Wege zu zeigen, wie wir das für diese unentbehrliche Material erhalten.

Die Heimstätten werden zugleich als Mittel der Bevölkerungspolitik empfohlen. Gesundheit und Kraft des Volkes werden gefördert, je größer der Teil ist, der auf dem Lande aufwächst. Der Rückgang der Geburtenzahl stellt auch für uns eine ernste Mahnung dar, Verhältnisse in Stadt und Land zu schaffen, die Kinder wieder als Segen erscheinen lassen oder wenigstens nicht als eine, im Hinblick auf die Lebenshaltung sehr schwere Last. Eine wirklich ausgedehnte innere Kolonisation kann in dieser Richtung gut wirken, es erscheint aber gerade unter diesem Gesichtspunkt nicht unbedenklich, wenn die Vorschläge für Heimstätten auf die strengste Bindung an das Auerbenrecht ausgehen, ohne auch nur an die weichenen Geschwister zu denken. Wird der Neuerwerb von Grundbesitz tatsächlich oder rechtlich erschwert, wird gesetzlich der eine Erbe bevorzugt, so wirkt das nach allen Erfahrungen in Gebieten mit Auerbenrecht nicht im Sinne der Steigerung, sondern der Beschränkung der Kinderzahl.

Nun sollen die Kriegerheimstätten aber nicht nur der ländlichen, sondern zugleich auch der städtischen Bevölkerung nützen, der man das ersehnte Eigenheim in einem netten Gärtchen in Aussicht stellt. Die städtische Wohnungsfrage ist nicht minder wichtig wie die innere Kolonisation, und wenn uns der Krieg hier zu gesunden oder wenigstens erträglichen Verhältnissen verhelfen würde, so hätte er in der Tat noch als Nebenwirkung Großes geleistet. Es ist traurig, wie wenig bisher in der Bekämpfung des städtischen Wohnungselendes erzielt worden ist, obgleich dessen Beseitigung für das Glück, die Wohlfahrt und die Gesundheit eines sehr großen Teiles unserer Bevölkerung von der größten Tragweite wäre; denn an der Höhe der Mieten verbluten wirtschaftlich zahlreiche deutsche Familien! Die Eigenheimbewegung, die allerdings ebenfalls wieder eine Boden-, eine Geld- und eine Verkehrsfrage darstellt, könnte bei entsprechendem Umfange manches hieran bessern, aber nicht alles. Man muß dabei auf die Eigenheit, insbesondere auch auf die Beweglichkeit der in Betracht kommenden Kreise sorgfältig Rücksicht nehmen. Der Arbeiter und Angestellte braucht in erster Linie lohnende Beschäftigung. Ohne diese wird ihm das eigene Heim, das er bei einem Wechsel der Arbeitsstätte nicht mitnehmen kann, zur Last, sobald die Möglichkeit leichten Verkaufes nicht vorhanden ist. Es ist deshalb fraglich, ob nicht eine kräftige Förderung der vorhandenen Ansätze einer Wohnungsreform praktischerere Ergebnisse zeitigen könnte. Nach dem Frieden von 1871 entstand bekanntlich eine Wohnungsnot mit wildem Bauschwindel und Mietsteigerungen. Wenn rechtzeitig Sorge getroffen wird, brauchen sich diese Zustände keineswegs zu wiederholen, da diesmal eine der treibenden Ursachen von 1871 voraussichtlich weniger wirksam sein wird. Denn damals standen wir inmitten der stürmischen Industrialisierung Deutschlands mit ihrer gewaltigen Anziehung für die ländlichen Arbeitermassen, während wir jetzt vielleicht, wenn die innere Kolonisation stark einsetzt, eher entgegengesetzte Erfahrungen machen könnten. Die größte Sorge für den städtischen Hausbesitz und die Höhe der Mieten bleibt der Zinssatz.

Wir müssen uns für heute mit diesen bloß andeutenden Ausführungen, die mehr auf die Schwere der Probleme hinweisen, begnügen. Sowohl die Wohnungsfrage wie die Vermehrung der bäuerlichen Siedlungen verdient die ernsteste Förderung, aber man bringt sie mit sentimentalen oder phantasievollen Betrachtungen nicht weiter; es erscheint also an der Zeit, die Erörterung entschlossen auf den festen Untergrund der Tatsachen aufzubauen.